

Haushaltsrede für die Ratssitzung am 18. Dezember 2018

**Sehr geehrte Frau stellvertretende Bürgermeisterin Weidenhaupt,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geschätzten Damen und Herren,**

wir Menschen sehnen uns nach Sicherheit und Ordnung. Ohne ins Detail gehen zu wollen, trifft die Feststellung wohl zu, dass die Welt auf die vergangenen aber auch aktuellen Ereignisse bezogen aus den Fugen geraten ist. Werte und Wertvorstellungen verlieren zunehmend an Bedeutung. In sozialen Medien werden unglaubliche und überwiegend unwahre Behauptungen verbreitet, die uns alle verunsichern oder bestimmte sorgfältig ausgesuchte Personen ohne Skrupel bei ihrer Ehre oder mit an den Haaren herbeigezogenen Vorwürfen treffen sollen. Leichtgläubige Menschen werden verunsichert, fallen darauf rein und verbreiten diese immer grausiger werdenden Mitteilungen und Anschuldigungen auch noch. Protestaktionen auf demokratischer Basis sind völlig problemlos, aber brennende Busse und gelöste Autoreifen sind keine Argumente, sondern kriminelle Handlungen.

Auch für die Abschaltung von Tihange und Doel sollten wir weiter kämpfen. Wenn dieser häufig abgeschaltete Schrott in die Luft fliegt, brauchen wir uns hier keine Gedanken mehr zu machen. Es bleibt eine große Aufgabe, die jegliche Unterstützung erfahren muss.

Angebliche Staatsmänner beschimpfen und bedrohen sich und ziehen dann in sozialen Medien auch noch die totale Vernichtung eines Volkes in Erwägung. Kurzum: Maß und Mitte ist an vielen Stellen völlig verloren gegangen.

Auch in unserem Land gibt es Typen, die unser bewährtes System und vor allem den Pluralismus und die freiheitliche Ordnung in Frage stellen oder frontal bekämpfen. Es könnten auch in Eschweiler trotz Ankündigungen auf unseren Zufahrtsstraßen, dass wir für Rassismus keinen Platz haben, Gestalten auftauchen, die unmissverständlich zum Beispiel fordern, dass „Dunkelhäutige wegen deren Ansteckungsgefahr grundsätzlich untersucht werden müssen“.

Weil wir diesbezüglich auch in diesem Parlament geschlossen zusammenstehen und unserer aufgeschlossenen und toleranten Bevölkerung für ihre Haltung dankbar sind, hat ein vergleichbarer Satz in Eschweiler noch keinen Platz gefunden.

Wir streiten im Regelfall auf der demokratischen Grundlage, obwohl viele der hier vertretenen Parteien sicherlich auch leider zu der Erkenntnis gekommen sind, dass nicht alle Ratsmitglieder von der Verwaltung mit den gleichen Voraussetzungen für eine gedeihliche und wirkungsvolle Ratsarbeit ausgestattet werden.

Diesbezüglich beschränke ich mich auf die jüngsten Ereignisse um das Rathausquartier, möchte dabei auch nicht die schlechte Informationspolitik der Verwaltung vergessen.

Wir waren doch alle unsagbar glücklich, dass ein Filetstück, das sich zum Schandfleck entwickelt hatte, endlich von begnadeten Investoren mit einem Bauprojekt überzogen werden sollte, dass doch zumindest verhaltene Begeisterung auslöste.

Schon bei den Abrisskosten kamen bei der CDU-Fraktion erhebliche Bedenken auf, weil die angekündigten Kosten von ca. fünf Millionen in keinem Verhältnis zu einem Angebot von annähernd zwei Millionen passten. Öffentliche Mittel, die am Anfang gerne genommen wurden, lehnten die Investoren in der Karnevalszeit 2018 ab.

Spätestens da war klar, dass es sich nicht um einen Karnevalsscherz, sondern um kaltes Kalkül handelte. Die Kreisligaspieler, wie sich die Investoren reumütig in der Presse nannten, hatten sich wegen der Gesamtinvestition, die generös zwischen vierzig und siebzig Millionen schwankte, verhoben. Den Stadtumbauvertrag hatten sie vorsorglich deshalb nicht unterschrieben, weil dieser für den Weiterverkauf des Grundstückes hinderlich war. Ob es an den Investoren der Kreisliga oder unserer Verwaltung lag, werden wir wohl nie erfahren.

Jedenfalls wurde immer suggeriert, dass sich der notwendige Betonknacker für die Entsorgung der Schutthalde noch nicht in der Anlieferung befinde. Später wurden plötzlich notwendige Lärm- und Staubgutachten vorgeschoben, die die Verarbeitung der Schuttberge noch verhinderten.

Der Knall war dann auch unüberhörbar, als man den Fraktionsvorsitzenden am Vorabend zur PUBA-Sitzung, also exakt am 19.09.2018 um 18:00 Uhr mitteilte, dass die Investoren, also die erwähnten selbst ernannten Kreisligaspieler, von Bord gehen und mit Ten Brinke eine anerkannte Lichtgestalt die Bühne betreten wird.

Ein Eschweiler Fotograf hatte mich bei einem Fototermin schon wenige Tage vorher über die neue Situation unterrichtet, die ich als verfrühten oder verspäteten Aprilscherz deklariert habe. Welcher Fraktionsvorsitzende hier im Raum geht denn davon aus oder muss davon ausgehen, dass man nebenbei in einem Eschweiler Geschäft über die tatsächlichen Verhältnisse und Vorgänge um das Rathausquartier informiert wird.

Wenn dann unsere verehrte Kollegin Leonhardt über die Presse mitteilt, dass sie selbst überrascht gewesen sei, dann ist das unverfroren, unsäglich und nur mit der Arroganz der Mehrheit in diesem Haus zu erklären, Frau Kollegin Leonhardt. Wenn sie scherzen wollen, sollten sie sich eine Büttrede ausdenken und damit zur allgemeinen Belustigung beitragen.

Die jetzt schlecht Vorgetragene hat nicht nur allen anderen Fraktionsvorsitzenden die ihnen zukommende bevorzugte Behandlung vor Augen geführt. Schon deshalb hätten sie sich diesen lächerlichen Satz in der Presse nun wirklich sparen können.

Nicht nur von dieser Stelle aus habe ich für die CDU-Fraktion erklärt bzw. vortragen müssen, dass die Information der Verwaltung nicht nur wegen der Zeitabfolge, sondern oftmals auch inhaltlich dürftig sind. Wer das bislang nicht geglaubt hat, dürfte jetzt wohl bestens belehrt sein.

Die SPD sitzt hier mit einer absoluten Mehrheit und der uneingeschränkten Unterstützung der Verwaltung im Rücken. Die Oppositionsparteien erfahren wesentliche Ereignisse aus der Presse. Das ist ein untragbarer Zustand, der schnellstens sein Ende finden muss. Viele Bürger haben sich geäußert und uns auch Briefe geschrieben. Ganz offensichtlich mit wenig Erfolg. Es ist doch unsere gemeinsame Heimatstadt, die jede Bürgerin und Bürger mit guten Vorschlägen verbessern darf. Ein bestimmtes Parteibuch sollte nicht die Voraussetzung sein.

Wenn man im Rat Fragen von Bürgern vorträgt, wird dies mit Argusaugen betrachtet und auch noch mit merkwürdigen Vermutungen belegt. Damit werden sie uns nicht verunsichern, meine Damen und Herren der SPD. Wir stellen Fragen, auch unbequeme und erwarten eine verlässliche Antwort. Wir nehmen Bürgernähe sehr ernst!

Wer in Eschweiler als Ratsmitglied keine Presse liest, hat erhebliche Informationsdefizite. Auch sollte man Informationen und gutgemeinte Ratschläge z. B. von unserem Citymanagement nicht einfach bei Seite legen. Die CDU-Fraktion schätzt die hochwertige Arbeit der Ehrenamtler beim Citymanagement und hat deren Vertreter mehrmals zu den Fraktionssitzungen geladen.

Da liest man plötzlich und völlig unerwartet in der Zeitung, dass unser Bürgermeister das Grundgesetz verletzt hat und zum Gerichtsverfahren wahrscheinlich von hervorragenden Anwälten vorgewarnt kein städtischer Vertreter erschienen ist. Warum auch? Der Vorsitzende hätte ja unliebsame Fragen stellen können. Bezüglich der Bezahlung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben wir dann auch auf Antrag einen von der CDU-Fraktion hoch anerkannten wissenschaftlichen Vortrag im nichtöffentlichen Teil einer Ratssitzung gehört. Die im umfangreichen Antrag gestellten Fragen wurden dabei allerdings nicht beantwortet. Das Thema ist bei der CDU-Fraktion noch sehr lebendig und auf der Tagesordnung. Ausgelöst wurde der Antrag durch eine Stellungnahme insbesondere des Personalrates in der Presse, die uns erst aufmerksam gemacht hat.

Damit ich als Sprecher der CDU-Fraktion an dieser Stelle nicht falsch bzw. bewusst falsch verstanden oder interpretiert werde, sage ich in aller Deutlichkeit, dass wir von der Leistungsfähigkeit unseres Personals auch uneingeschränkt überzeugt sind. Und auch zu Bediensteten persönliche und menschlich gute Kontakte unterhalten und diese uneingeschränkt von unserer Seite auch weiterhin wünschen. Wir halten dies für wichtig, weil wir im gleichen Boot sitzen und zu mehr als 90% in den Ausschüssen unsere Zustimmung erteilen. Dies haben wir übrigens auch bei den Änderungsanträgen der SPD während der letzten Haupt- und Finanzausschusssitzung gemacht. „Zuerst die Stadt und dann die Partei“ sollte doch endlich bei der SPD im Vordergrund stehen.

Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion hat hier den Auftrag wie an anderen Stellen auch, dass die Ordnungsmäßigkeit überprüft und die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften sichergestellt wird.

Wenn wir das nicht machen würden könnte die SPD-Mehrheit doch weiter ungehindert rumwurschteln.

Wie ich schon sagte, finden mehr als neunzig Prozent aller Vorlagen auch wegen der Notwendigkeit die Zustimmung der CDU-Fraktion. Beim Rest schauen wir ihnen auf die Finger, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD Fraktion, weil das wie erwähnt auch zwingend notwendig ist.

Die Haushaltssituation in Eschweiler, um diese soll es hier ja auch noch bei allem Elend gehen, ist verhältnismäßig gut. Liest man wiederkehrend jedes Jahr in der Presse den Satz, die Städteregionsumlage macht der Verwaltung Sorgen, so sei an dieser Stelle ebenfalls wiederholt gesagt, dass die Rückflüsse der Städteregion in unsere Stadt deutlich höher sind als die von der Stadt an die Städteregion bezahlte Umlage. Eigentlich erfreulich. Diese Tatsache wird aber unseren Bürgerinnen und Bürgern aus parteipolitischen und damit sehr durchsichtigen Gründen vorenthalten. Nach dem Motto „Merkt eh kein Mensch“ werden die Eschweiler Bürger hinter die Fichte geführt.

Wir leben in der kommunalen Familie, die vom Landschaftsverband Rheinland (LVR) angeführt wird. Dieser von einer großen Koalition geführte Verband ist sich seinen Verpflichtungen gegenüber seinen Mitgliedskörperschaften, die ja mit ihren Vertreterinnen und Vertretern in der Landschaftsverbandsversammlung sitzen, bewusst und hat, als dies möglich war, die Umlage zu Gunsten ihrer Mitgliedskörperschaften hier auch der Städteregion Aachen auf einen historisch tiefen Umlagesatz von 14,43 % gesenkt, den es in den letzten 25 Jahren nicht mehr gegeben hat.

Die letzte am 08.10.18 beschlossene Senkung und die damit verbundene Systematik wirkt sich bei unserer Heimatstadt Eschweiler so aus, dass unser Haushalt um 880.000 € entlastet wird. Weil die Verwaltung es nicht sagt,

erlaube ich mir diesen Hinweis.

Aber bereits jetzt kündigen sich für das Jahr 2020 Haushaltsverschlechterungen an, weil der Landschaftsverband mit neuen Aufgaben belastet wird, für die er bei den Mitgliedskommunen das Geld einholen und die Umlage voraussichtlich auf 15,9 % wegen der von der Aufsicht geforderten Auskömmlichkeit anheben muss. Das würde uns auch hier nachhaltig treffen. Aber wer behinderten Menschen helfen will und doch unbestritten auch muss, der darf nicht mit Fingern auf andere Gremien zeigen, wenn die Kosten dafür zu tragen sind.

Ach ja, das Konnexitätsprinzip hätte ich in diesem Jahr fast vergessen, nachdem der eigentlich gesetzgebende und auslösende Verursacher auch die Kosten übernehmen soll und zukünftig auch muss.

Weil dies nicht so ist, wird der Landschaftsverband zur Kostenübernahme für die unterstützende Hilfe an Kinder psychisch kranker Eltern verpflichtet, die erheblich sein werden. Diese Hilfe steht den Kindern uneingeschränkt zu. Das Bundesteilhabegesetz (BTHG) war ebenfalls zwingend notwendig, das auch betroffenen Menschen hilft. Aber es muss auch alles bezahlt werden. Darüber sollten führende Verwaltungsmitarbeiter, die das auch genau wissen, offen und ehrlich berichten.

Ist ja keine Schande. Da die SPD beim Landschaftsverband mit der CDU in einer großen Koalition sitzt und eine gute wirkungsvolle Arbeit leistet, dürfte eine positive Nachricht auch viel leichter über die Lippen zu transportieren sein.

Die letzte Haupt- und Finanzausschusssitzung brachte es dann nach rund 5 Stunden erneut an den Tag. Die Arroganz der SPD ist unerschöpflich. Schon am Anfang der Sitzung machte die SPD-Fraktionsvorsitzende deutlich, dass die SPD die Mehrheit hat. Das hat die SPD dann auch bewiesen. Gute CDU-Anträge wurden mit fadenscheinigen Begründungen abgelehnt. Letztes Jahr waren die beantragten E-Ladesäulen noch mit viel Unverständnis durchgefallen. Jetzt werden 5 gebaut, von dem CDU-Antrag ist keine Rede mehr.

Jetzt war es die Verwaltung, die wohl offensichtlich gemerkt hat, dass ihre Genossen in der Städteregion vehement ebenfalls E-Ladesäulen fordern. Da will man ja nicht zurückstehen.

Das von der CDU beantragte „Stadtradeln“ war ein großer Erfolg. Diesbezüglich fanden auch Ehrungen statt. Von der CDU bzw. deren Antrag wurde kein Wort erwähnt. Gute Ideen nehmen die SPD und die Verwaltung offensichtlich gerne als ihr geistiges Eigentum.

Aus Sicht der CDU-Fraktion war die Haupt- und Finanzausschusssitzung eine Farce. Die CDU-Vertreter haben fast alle Anträge der anderen Fraktionen mitgetragen. Meine Damen und Herren der SPD! Wann kommt bei ihnen endlich das schon erbetene Einsehen, dass zuerst unsere Heimatstadt im Vordergrund steht und dann die Partei. Das IHK-Schreiben werden sie ja wohl auch gelesen haben. Wir sind aus dem HSK, aber noch nicht aus dem

Schneider.

Zukünftig erwarten wir eine bessere Situation, die durch den Fleiß unserer Bürger erarbeitet würde, aber auch aus der Verantwortung des Landschaftsverbandes und der Städteregion gegenüber den Mitgliedskörperschaften herrührt.

Wir wollen alle ein modernes, demokratisch und wirtschaftlich gut geführtes Land und hoffen, dass dies auf Eschweiler abfärbt.

Wegfallende Arbeitsplätze müssen über den Strukturwandel aufgefangen werden. Hier bietet der Flugplatz Merzbrück gute Chancen. Moderne Technik soll in der Städteregion entwickelt und natürlich eine funktionierende Infrastruktur geschaffen werden. Prof. Schuh bietet vielfältige Möglichkeiten, die wir unterstützen müssen. Arbeitsplätze in anderen Bundesländern sind wünschenswert, aber auch in der Städteregion aus bekannten und nachvollziehbaren Gründen sehr willkommen. Der Strukturwandel lässt grüßen.

Die CDU-Fraktion hat sich vor Jahren bei der Erweiterung eines Teilstücks der L238n für die gesamte Fertigstellung eingesetzt. Tolle Reden vom damaligen Minister Groschek und die Ankündigung eines runden Tisches waren zu hören. Wer hat denn da am Tisch gegessen? Ende vom Lied war, dass besagter Minister den Aus- und Weiterbau zu den Akten und der Landtagsabgeordnete Kämmerling den Mantel des Schweigens darüber legte.

Jetzt wo der neue Minister Wüst die Notwendigkeit der Infrastrukturverbesserung ganz allgemein auf die Tagesordnung setzt, wirft Herr Landtagsabgeordneter Kämmerling auch seinen Hut wieder in den Ring und kämpft schon munter mit. Es gibt ja noch keine nach der SPD benannte Straße in Eschweiler. Ausschließen möchte ich das aber auch nicht.

Über die unglaubliche Unverfrorenheit der SPD Fraktion, ständig geistiges Eigentum zu stehlen, habe ich ja wiederholt berichtet. Die Zeiträume werden immer kürzer. In früheren Zeiten ließ man immer noch eine Schamfrist von ca. einem halben Jahr ins Land ziehen um abgelehnte Anträge der CDU leicht modifiziert selbst wieder als SPD Renner vorzutragen.

Erst am 29.11.2018, bei der diesjährigen Haupt- und Finanzausschusssitzung, wurde der CDU Antrag auf Einrichtung von Telearbeitsplätzen von der SPD abgelehnt. Wäre es im Januar gewesen, hätte ich die Presseberichterstattung vom Montag, dem 17. Dezember 2018, also gestern, als erneuten verfrühten Karnevalsscherz betrachtet, als ich dort verwundert lesen durfte, dass ab 2020 mit solchen guten und notwendigen Telearbeitsplätzen geplant wird.

Sollte es das Christkind gewesen sein, das die SPD einschließlich der Verwaltung zu dieser Überlegung geführt hat. Es geschehen ja noch Zeichen

und Wunder! Die CDU Fraktion wundert sich hier so schnell aber nicht mehr. Das ist jetzt unser Gewohnheitsrecht!

Über die unglaubliche Unverfrorenheit der SPD Fraktion, ständig geistiges Eigentum zu stehlen, habe ich ja wiederholt berichtet. Die Zeiträume werden immer kürzer. In früheren Zeiten ließ man immer noch eine Schamfrist von ca. einem halben Jahr ins Land ziehen um abgelehnte Anträge der CDU leicht modifiziert selbst wieder als SPD Renner vorzutragen.

Erst am 29.11.2018, bei der diesjährigen Haupt- und Finanzausschusssitzung, wurde der CDU Antrag auf Einrichtung von Telearbeitsplätzen von der SPD abgelehnt. Wäre es im Januar gewesen, hätte ich die Presseberichterstattung vom Montag, dem 17. Dezember 2018, also gestern, als erneuten verfrühten Karnevalsscherz betrachtet, als ich dort verwundert lesen durfte, dass ab 2020 mit solchen guten und notwendigen Telearbeitsplätzen geplant wird.

Sollte es das Christkind gewesen sein, das die SPD einschließlich der Verwaltung zu dieser Überlegung geführt hat. Es geschehen ja noch Zeichen und Wunder! Die CDU Fraktion wundert sich hier so schnell aber nicht mehr. Das ist jetzt unser Gewohnheitsrecht!

Erfreulich ist auch die Tatsache, dass die neue Landesregierung sich nicht wie die Vorgängerregierung an der Integrationspauschale bereichert, sondern den gesamten Betrag an die Kommunen weiterleitet. Daraus macht dann die hiesige SPD-Fraktion vor lauter Freude ein zweites beitragsfreies Kindergartenjahr. Betrachtet man die Zuständigkeitsordnung, so bleibt die Feststellung, dass sich aus anderer Leute Leder gut Riemen schneiden lassen.

Im Übrigen freuen wir uns endlich eine, nicht nur dem Lippenbekenntnis nach, kommunalpolitische Landesregierung unter CDU und FPD zu haben.

Lange von der SPD Landesregierung im Regen stehen gelassen,

konnte die Stadt Eschweiler beispielsweise in diesem Jahr 355.000 Euro und für das Jahr 2019 nochmal 209.000 Euro als Landeszuweisung für Betriebskosten der Kindergärten verbuchen. Ohne dieses sogenannte „Kita-Notprogramm“ der neuen Landesregierung hätten Schließungen von Kitas gedroht.

So arbeitet die SPD: Probleme vor sich herschieben, warten bis man abgewählt wird und es dann die CDU richten lassen. Aber liebe Kolleginnen und Kollegen, dass kann ich ihnen sagen, wir richten es gerne und freuen uns auf die Kommunalwahl 2020!

Die von der SPD vorgelegte Resolution zu den KAG Gebühren ist an Scheinheiligkeit nicht mehr zu überbieten. Sieben Jahre hatte man laut Wahlplakat die Kraft, damit war wohl die damalige Ministerpräsidentin

namentlich gemeint, die es aber bewusst sieben Jahre unterlassen hat, diese belastenden Gebühren zu beseitigen. Die jetzige Forderung ist auch aus Sicht der CDU Fraktion richtig und wurde auch bei unseren Änderungsanträgen bei der letzten Haupt- und Finanzausschusssitzung eingebracht. Ich möchte zumindest daran erinnern.

Wenn sie den Menschen etwas Gutes tun wollen und z.B. Inklusion auch ernst nehmen, dann hätten sie das städtische Gymnasium auch für behinderte Schüler nutzbar machen sollen. Die wiederholt von der CDU Fraktion eingebrachte Lösung mittels eines Aufzugs hier Abhilfe zu schaffen, wurde nunmehr erneut von den Genossinnen und Genossen abgelehnt.

Zusammenfassend und unter Bewertung der Ereignisse kommt die CDU-Fraktion, bei der ich mich für ihre Mitarbeit ganz herzlich bedanke, zu dem Ergebnis, dem vorliegenden Haushalt nicht zustimmen zu können.

Ich danke allen Bediensteten unserer Stadt für ihren Einsatz. Dem Stadtkämmerer Kaefer und Frau Merks danke ich für die Mitarbeit und klärenden Äußerungen zum Haushalt. Beim Bürgermeister bedanke ich mich für die Möglichkeit zu persönlichen Gesprächen, die ich auch mit Herrn Gödde und Herrn Rehan führen durfte.

Ich wünsche im Namen der CDU-Fraktion allen hier Anwesenden und ihren Familien ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und ein von viel Glück und Gesundheit getragenes Jahr 2019.

Für ihre Aufmerksamkeit vielen Dank.